

# Friederikes Wi(e)dersprüche

Sendung September 2008

## Sendetext mit Quellen und Anhang

- ANT:** Sag' mal, Friederike, in den Zeitungen steht jetzt dauernd was von Finanzkrise<sup>1</sup>, einmal hieß es sogar Finanzkrieg?
- FRI:** Nein, Anton, ein richtiger Krieg ist das nicht! Aber von Krise zu sprechen..... es ist jedenfalls für viele Menschen eine Katastrophe!
- ANT:** Bei uns auch?
- FRI:** Das wohl noch nicht, aber für viele Amerikaner schon! Damit wurde „Wirtschaftspolitik“ auch zum Thema Nr. 1 beim Wahlkampf in den USA
- ANT:** Kann eine Finanzkrise auch bei uns passieren?
- FRI:** Wenn es noch schlimmer wird, dann wird es nicht nur die Amerikaner betreffen!
- ANT:** Na, deswegen bringt die US-Regierung ja auch 700 Milliarden \$ auf, (betont) 700 Milliarden, um diese Schulden zu bezahlen.
- FRI:** Ja, 700 Milliarden, in einem Land, das im nächsten Jahr sowieso schon ein Haushaltsdefizit von 490 Milliarden \$ hat.
- ANT:** Und der Verteidigungshaushalt der USA beträgt 600 Milliarden \$; davon ist sicher ein Großteil Kosten des Irak- und des Afghanistan-Krieges. Übrigens, der Mohnanbau<sup>2</sup> in Afghanistan soll stark zurückgegangen sein – hat der Franz gesagt!
- FRI:** Na, von „stark“ würde ich da nicht gerade reden! Es waren gerade mal 6 % weniger. Es wurden allerdings viel weniger Flächen für den Mohnanbau genutzt, der Ertrag beim Anbau ging aber in die Höhe.
- ANT:** Haben wir da vielleicht chemischen Dünger hin geliefert?
- FRI:** Anton, Du stellst wieder mal Fragen? Woher soll ich das denn wissen.
- ANT:** Na, wenn der Ertrag doch in die Höhe ging!
- FRI:** Ja, obwohl es eine große Trockenheit gab! Aber gerade deswegen haben auch manche Bauern den Mohnanbau<sup>3</sup> aufgegeben....
- ANT:** Zu trocken?
- FRI:** Nein, durch die Trockenheit stiegen die Weizenpreise sehr stark. Da hat manch' ein Bauer lieber den legalen Weizen als den illegalen Mohn angebaut, das ist weniger gefährlich.
- ANT:** Aber es gibt immer noch genug Opium aus diesem Mohnanbau?

<sup>1</sup> Größte :Bankenpleite in US-Geschichte (Wiener Kurier 26.9.2008 unter: [www.kurier.at/geldundwirtschaft/206766.php](http://www.kurier.at/geldundwirtschaft/206766.php))

<sup>2</sup> Wo die Taliban herrschen,blüht der Mohn (NZZ 12.2.2008)  
Geringe Erfolge bei der Drogenbekämpfung in Afghanistan (NZZ 17.7.2008)

<sup>3</sup> Der Mohnanbau in Afghanistan geht zurück (NZZ 20.8.2008)  
Afghanistan's opium poppy crop down by 19 percent (unter: [edition.ccn.com/2008/WORLD/asiapcf/08/26/afghanistan.opium.crop.ap/index.html](http://edition.ccn.com/2008/WORLD/asiapcf/08/26/afghanistan.opium.crop.ap/index.html))

- FRI:** Ja, es gibt sogar ein Überangebot weltweit. Aber in Afghanistan verdienen viele am Mohnanbau: meistens ist die Polizei schwach, die Justiz kümmert sich nicht darum; und teilweise stecken sogar Gouverneure und andere Staatsbedienstete hinter dem Mohnhandel.
- ANT:** Bist Du sicher?
- FRI:** Ja, beim Gouverneur von Helmand fand man bei einer Razzia neun Tonnen Opium.
- ANT:** Na, prost, das gibt ja genug ..... was kann man aus Schlafmohn alles herstellen?
- FRI:** Opium, Morphin und Heroin!
- ANT:** Und das ist erlaubt?
- FRI:** Nein, Mohnanbau ist streng verboten; das war schon so unter den Taliban und jetzt wieder! Aber in den Gebieten, wo noch die Taliban herrschen, da wird heute der meiste Mohn angebaut. Die Taliban verlangen 10% als „Steuer“.
- ANT:** Auch im Norden Afghanistans, wo die Bundeswehr ist?
- FRI:** Könnte sein, denn Mohn wird da angebaut. Allerdings soll das in Zukunft unterbunden werden.
- ANT:** Wie wollen sie das denn erreichen?
- FRI:** Im Oktober entscheidet der Bundestag darüber, ob das ISAF-Mandat von bisher 3.500 auf 4.500 Soldaten aufgestockt wird.<sup>4</sup>
- ANT:** Deswegen gab es doch am 20. September die Demos in Stuttgart und Berlin...
- FRI:** Ja, mit der Forderung: Truppen raus aus Afghanistan! Übrigens, das neue ISAF-Mandat soll gleich bis Ende 2009 verlängert werden und nicht nur, wie bisher um 12 Monate.<sup>5</sup>
- ANT:** Wieso denn das?
- FRI:** Denk mal scharf nach, Anton, was findet im kommenden Herbst bei uns statt?
- ANT:** Kommenden Herbst? Ach ja, die Bundestagswahl! Und Wahl und Kriegseinsätze, das paßt schlecht zusammen. Vielleicht noch mit weiteren toten Bundeswehrsoldaten.....
- FRI:** Unsere jetzige Regierung unterstützt die Erweiterung des ISAF-Mandats, allen voran unser Kriegsminister Jung.
- ANT:** Jung? Der wird bald alt aussehen! Mit all' den Problemen in Afghanistan!
- FRI:** Denn die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hier ist dagegen, dass „unsere Jungs“ in Afghanistan mitmischen müssen.
- ANT:** Kein Wunder, wenn Bundeswehrsoldaten am Hindukush ihr Leben lassen
- FRI:** Wie zum Beispiel ein Hauptfeldwebel Ende August auf einer Patrouillenfahrt, als ein Attentäter auf der Straße mit Hilfe eines Drahtes eine selbst gebastelte Bombe zündete.<sup>6</sup>

<sup>4</sup> Raus aus Afghanistan, (Junge Welt, 20./21.9.2008), Verdruckste Krieger (Der Spiegel, 27/2008)

<sup>5</sup> Noch mehr Kanonenfutter, Jürgen Rose (Freitag 27, 4.7.2008)

<sup>6</sup> Tod in Afghanistan (Der Spiegel, 36/2008)

- ANT:** Deutsche Soldaten sollen aber auch Zivilisten umgebracht haben.
- FRI:** Kurz danach haben deutsche Soldaten an einem Checkpoint südöstlich von Kunduz auf ein Auto geschossen – sie töteten eine Zivilistin und zwei Kinder, zwei weitere Kinder wurden verletzt.<sup>7</sup>
- ANT:** Sag‘ mal, Friederike, wie will denn dieser Kriegsminister sowas der Bevölkerung erklären?
- FRI:** Unser Kriegsminister Jung, der sagt das Gleiche wie sein Vorgänger Struck, *daß...*
- ANT:** daß unsere Freiheit und unser Wohlstand am Hindukush verteidigt werden  
(*raschel/raschel*)
- FRI:** Hier ist ein Interview mit Jung, auf die Frage: Warum müssen junge deutsche Soldaten ihr Leben lassen, sagt er: „Der Einsatz in Afghanistan hat etwas zu tun mit der Sicherheit hier“.
- ANT:** Aha
- FRI:** (*liest weiter*) „Afghanistan war der Ausgangspunkt für die Anschläge vom 11. September 2001. *Es ist in unserem..*“
- ANT:** Kamen die Attentäter nicht aus Saudi-Arabien bzw. aus Hamburg?...
- FRI:** Laß mich doch mal weiter lesen: „Es ist in unserem Interesse, wenn wir die Risiken dort beseitigen, wo sie entstehen. Wenn Afghanistan wieder ein Ausbildungscamp für Terroristen wird, steigt die Gefahr für Deutschland.“<sup>8</sup>
- ANT:** Also soll die Bundeswehr in Afghanistan Terroristen jagen. Sind die nicht mal für andere Ziele angetreten?
- FRI:** Das waren: Förderung der Demokratie und Gleichberechtigung der Frauen in Afghanistan. Falls sie je ernst gemeint waren, sind diese Ziele längst Makulatur. Offiziell heißt es: die westlichen Streitkräfte stehen in Afghanistan, um zu verhindern, dass dieses Land noch einmal zum sicheren Rückzugsgebiet für Terroristen wird.<sup>9</sup>
- ANT:** Da kann ich doch nur lachen, dann ziehen die Terroristen eben in ein anderes Land...
- FRI:** Zum Beispiel nach Pakistan. Anton, kannst Du Dir vorstellen, dass die USA im pakistanischen Grenzgebiet<sup>10</sup> an der Grenze zu Afghanistan eigenmächtig auf Terroristenjagd geht, sogar ohne dies zuvor mit der pakistanischen Regierung abzustimmen.
- ANT:** Aber Pakistan ist doch ein souveräner Staat und obendrein mit den USA befreundet – das dachte ich jedenfalls!
- FRI:** Die USA machen auch Pakistan dafür verantwortlich, dass sie in Afghanistan in der Sackgasse sind. Pakistan lasse es zu, dass

<sup>7</sup> Raus aus Afghanistan, (Junge Welt, 20./21.9.2008)

<sup>8</sup> „Den Attentätern nicht in die Hände spielen“ (SZ 25.9.2008)

<sup>9</sup> Übungen in Realismus am Hindukusch (NZZ, 2.8.2008)

<sup>10</sup> Bush billigt Bodenangriffe in Pakistan (NZZ, 12.9.2008)

Bush said to Give Orders Allowing Raids in Pakistan (New York Times 11.9.2008 unter: [www.nytimes.com/2008/09/11/washington/11policy.html](http://www.nytimes.com/2008/09/11/washington/11policy.html))

Without clear borders problems persist in Pakistan (The Times 23.9.2008 unter: [www.timesonline.co.uk/tol/news/worlds/asia/article4805649.html](http://www.timesonline.co.uk/tol/news/worlds/asia/article4805649.html))

aus seinen Grenzregionen Taliban und Al-Kaida-Terroristen nach Afghanistan eindringen.

**ANT:** Sollen sie doch die Grenze abriegeln!

**FRI:** In dem Bergland? Anfang September haben amerikanische Streitkräfte ein Dorf in Pakistan angegriffen, die Truppen haben die Siedlung gestürmt und bei ihrer Suche nach Al-Kaida Terroristen 15 bis 20 Dorfbewohner erschossen.<sup>11</sup>

**ANT:** Und wie hat Pakistan reagiert?

**FRI:** Es soll schon zu Feuergefechten zwischen der US-Armee und pakistanischen Truppen gekommen sein, das haben aber beide Seiten später dementiert.<sup>12</sup>

**ANT:** Und stimmt es? Oder stimmt es nicht?

**FRI:** Bewohner der dortigen Ortschaften haben es gesagt, Leute, die selbst dabei gewesen sind.

**ANT:** So was ist doch ein Kriegsverbrechen! Die gehören doch vor Gericht!

**FRI:** Ach, da fällt mir ein: der Internationale Strafgerichtshof<sup>13</sup> in Den Haag hat im Juli seinen 10. Geburtstag gefeiert.

**ANT:** Ist das denn der Gerichtshof, der Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen bestrafen soll?

**FRI:** Ja, genau der! Sie konnten aber noch keine Kriegsverbrecher bestrafen, denn die Beweisführung für solche Verbrechen ist ziemlich schwierig. Sie bekommen auch kaum Hilfe von den entsprechenden Staaten, aus denen die Angeklagten kommen.

**ANT:** Und was nützt dann dieses Gericht?

**FRI:** Zumindest sitzen vier Kriegsverbrecher im Gefängnis von Scheveningen in Holland. Außerdem wurden zwölf Haftbefehle erlassen. Und es werden sicher mehr!

**ANT:** Wegen Georgien? Ach, ja, sind Abchasien und Südossetien nun anerkannt oder nicht?

**FRI:** Von Rußland ja, aber von uns und vielen anderen nicht!

**ANT:** Ja, es geht schließlich um die Vereinten Nationen, ob die beiden Staaten dazugehören oder nicht!

**FRI:** In der UN entscheidet die Hauptversammlung über Mitgliedschaft oder nicht! Das hat aber nicht direkt etwas mit der Anerkennung anderer Staaten zu tun!

**ANT:** Ach so, dann ist das nicht so wichtig!

**FRI:** Ich versuch' es Dir trotzdem mal zu erklären. Kein Staat kann daran gehindert werden, einen anderen Staat anzuerkennen.

<sup>11</sup> USA bestätigen Angriff in Pakistan (NZZ 5.9.2008)

U.S. Attack on Taliban Kills 23 in Pakistan (New York Times 9.9.2008 unter: [www.nytimes.org/2008/09/09/world/asia/09pstan.html?fta=y](http://www.nytimes.org/2008/09/09/world/asia/09pstan.html?fta=y))

<sup>12</sup> Pakistans Armee feuert auf US-Truppen

([www.abendblatt.de/daten/2008/09/16/937788.html](http://www.abendblatt.de/daten/2008/09/16/937788.html))

US, Pakistan exchange shots at volatile border (unter: [www.printthis.clickability.com/pt/cpt?action=cpt&title=U.S.%sC+Pakistan+echange....](http://www.printthis.clickability.com/pt/cpt?action=cpt&title=U.S.%sC+Pakistan+echange....))

Erst schießen, dann fragen ([www.fr-online.de/em\\_cms/\\_globals/print.php?em\\_ssc=MSwwLDEsMCwxLDAsM...](http://www.fr-online.de/em_cms/_globals/print.php?em_ssc=MSwwLDEsMCwxLDAsM...));

Pakistan and US troops exchange fire (unter:

[www.timesonline.co.uk/tol/news/world/asia/article4829370.ece?print=yes&randnum...](http://www.timesonline.co.uk/tol/news/world/asia/article4829370.ece?print=yes&randnum...))

<sup>13</sup> Zehn Jahre Internationaler Strafgerichtshof (NZZ 17.7.2008)

Aber die Anerkennung<sup>14</sup> eines Staates kann unter Umständen das Völkerrecht verletzen; nämlich dann, wenn sie „vorzeitig“ erfolgt.

**ANT:** Was heißt denn das?

**FRI:** Naja, zu früh, dann verletzt sie die Rechte des Staates, von dem sich ein Teil ablösen will.

**ANT:** Wie war denn das mit Kroatien, als sich der Staat Jugoslawien auflöste?

**FRI:** Und die Bundesrepublik den neuen Staat Kroatien<sup>15</sup> ganz schnell anerkannte? Keine Ahnung, wie das völkerrechtlich gesehen werden muß. Auf jeden Fall war es einer der Auslöser für den Jugoslawienkrieg!

**ANT:** Ach ja, so war das!

**FRI:** Die Europäische Union hat im Dezember 2001 „Richtlinien<sup>16</sup> für die Anerkennung von Staaten usw., usw.....“ aufgestellt; allerdings nur für die Staaten Osteuropas und der Sowjetunion.

**ANT:** Und was besagen diese Richtlinien?

**FRI:** In dem neu zu bildenden Staat geht es um Minderheitenschutz, *das völkerrechtliche*

**ANT:** Minderheitenschutz? In dem neu zu bildenden Staat? Dann hätte die Bundesrepublik aber nicht den Kosovo<sup>17</sup> anerkennen dürfen – denn deren Minderheitenschutz besteht aus Bekämpfung der noch im Kosovo lebenden Serben!

**FRI:** Ja, wirklich! Da haben sie Ihre eigenen Richtlinien nicht eingehalten! Außer Minderheitenschutz geht es noch um Selbstbestimmungsrecht<sup>18</sup>, um die Unverletzlichkeit der Grenzen und sogar um – Du wirst es nicht glauben – Abrüstungsverpflichtungen.

**ANT:** Abrüstungsverpflichtungen, vom neuen Staat?? Wieso? Die EU verlangt doch überall Aufrüstung?

**FRI:** Das ist eigentlich vor allem die NATO!

**ANT:** Nein, Friederike! In dem Vertrag, der die Verfassung ersetzen sollte, war von Aufrüstung die Rede! .....Aber Du hast vom „völkerrechtlichen Selbstbestimmungsrecht“ gesprochen; damit meinst Du sicher die UN-Charta<sup>19</sup>, Artikel 1.2!

<sup>14</sup> Sezessionsrecht, Staatswerdung und Anerkennung von Staaten (Deutscher Bundestag Wissenschaftliche Dienste Nr.47/07 17.9.2007)

Unabhängig werden ist nicht einfach (NZZ 2.9.2008)

Gibt es ein Recht auf Sezession? (NZZ 29.8.2008)

<sup>15</sup> Staatsbildung und Demokratisierung des Beitrittskandidaten Kroatien (unter: [www.veit-larmann.de/Staatsbildung\\_Demokratisierung\\_Beitrittskandidat\\_Kroatien.pdf](http://www.veit-larmann.de/Staatsbildung_Demokratisierung_Beitrittskandidat_Kroatien.pdf) – Seite 64 und folgende)

<sup>16</sup> Die Anerkennung Kosovos als Ermessensfrage (NZZ 1.2.2008)

<sup>17</sup> Kosovo – Stichwort: Völkerrechtliche Anerkennung neuer Staaten (Kleine Zeitung 28.2.2008 unter: [www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/kosovo/864258/print.do](http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/kosovo/864258/print.do))

<sup>18</sup> State-Building im Friedensicherungssystem der Vereinten Nationen, Völkerrechtliche Rahmenbedingungen einer neuen Herausforderung für die internationale Gemeinschaft (unter: [www.jura.uni-duesseldorf.de/dozenten/lorz/payandeh/state-building.pdf](http://www.jura.uni-duesseldorf.de/dozenten/lorz/payandeh/state-building.pdf))

<sup>19</sup> UN Charter (UNRIC United Nations Regional Information Centre unter: [www.unric.org/index2.php?option=com\\_content&task=view&id=108&pop=1&page.....](http://www.unric.org/index2.php?option=com_content&task=view&id=108&pop=1&page.....) siehe Anlage)

- FRI:** Ja, Du weißt über UN besser bescheid als ich! Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist aber auch noch in den beiden Internationalen Menschenrechtspakten<sup>20</sup> von 1966 festgelegt: „All peoples have the right of self-determination“.
- ANT:** Ja, das Recht auf Selbstbestimmung!
- FRI:** Aber, wie das immer so beim Recht ist, dieses Recht gilt natürlich nicht grenzenlos!
- ANT:** Aha, jetzt kommt der Pferdefuß!
- FRI:** Anton! Da es auch andere Menschen außer Dir gibt, kannst Du auch nicht alles machen, was Du vielleicht gern tun würdest!
- ANT:** Jaja, Friederike, ich bin ja eigentlich auch ganz friedlich; nur mit einem habe ich nichts im Sinn: dem Militär!
- PAP:** Militär gehört abgeschafft!
- FRI:** Ja, Anton, Frieda hat wieder mal recht! Es gibt einerseits die Friedenspflicht, die im Artikel 55 der UN-Charta festgelegt ist, und andererseits das Selbstbestimmungsrecht der Völker; das widerspricht sich, wenn der neue Staat sich gewaltsam aus dem alten Staat lösen will.
- ANT:** Das darf er eben nicht!
- FRI:** Aber es könnte doch Fälle geben, wo die weitere Zugehörigkeit zu einem anderen Staat nicht mehr zumutbar ist!
- ANT:** (lacht) Haha, dann könnten alle behaupten, dass das weitere Verbleiben in dem anderen Staat nicht mehr zumutbar ist
- FRI:** Du machst es Dir zu einfach! Im Konfliktfall müssen die verschiedenen Rechte gegeneinander abgewogen werden.
- ANT:** Na, das stell' ich mir doch recht schwierig vor!
- FRI:** Da hast Du recht! Aber Gewalt ist doch keine Lösung!
- ANT:** Und deswegen:
- FRI:** Militär gehört abgeschafft!
- PAP:** Militär gehört abgeschafft!

---

<sup>20</sup> International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights (16.Dezember 1966 unter: [www.unhchr.ch/html/menu3/b/a\\_ceser.htm](http://www.unhchr.ch/html/menu3/b/a_ceser.htm) siehe Anlage)

# Anhang

## Charter of the United Nations

### CHAPTER I

#### PURPOSES AND PRINCIPLES

##### Article 1

The Purposes of the United Nations are:

1. To maintain international peace and security, and to that end: to take effective collective measures for the prevention and removal of threats to the peace, and for the suppression of acts of aggression or other breaches of the peace, and to bring about by peaceful means, and in conformity with the principles of justice and international law, adjustment or settlement of international disputes or situations which might lead to a breach of the peace;
2. To develop friendly relations among nations based on respect for the principle of equal rights and self-determination of peoples, and to take other appropriate measures to strengthen universal peace;
3. To achieve international co-operation in solving international problems of an economic, social, cultural, or humanitarian character, and in promoting and encouraging respect for human rights and for fundamental freedoms for all without distinction as to race, sex, language, or religion; and
4. To be a centre for harmonizing the actions of nations in the attainment of these common ends.

##### Article 2

The Organization and its Members, in pursuit of the Purposes stated in Article 1, shall act in accordance with the following Principles.

1. The Organization is based on the principle of the sovereign equality of all its Members.
2. All Members, in order to ensure to all of them the rights and benefits resulting from membership, shall fulfill in good faith the obligations assumed by them in accordance with the present Charter.
3. All Members shall settle their international disputes by peaceful means in such a manner that international peace and security, and justice, are not endangered.
4. All Members shall refrain in their international relations from the threat or use of force against the territorial integrity or political independence of any state, or in any other manner inconsistent with the Purposes of the United Nations.
5. All Members shall give the United Nations every assistance in any action it takes in accordance with the present Charter, and shall refrain from giving assistance to any state against which the United Nations is taking preventive or enforcement action.
6. The Organization shall ensure that states which are not Members of the United Nations act in accordance with these Principles so far as may be necessary for the maintenance of international peace and security.
7. Nothing contained in the present Charter shall authorize the United Nations to intervene in matters which are essentially within the domestic jurisdiction of any state or shall require the Members to submit such matters to settlement under the present Charter; but this principle shall not prejudice the application of enforcement measures under Chapter VII.

## **International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights**

**Adopted and opened for signature, ratification and accession by General Assembly  
resolution 2200A (XXI) of 16 December 1966**

***entry into force 3 January 1976, in accordance with article 27***

### **PART I**

#### ***Article 1***

1. All peoples have the right of self-determination. By virtue of that right they freely determine their political status and freely pursue their economic, social and cultural development.

2. All peoples may, for their own ends, freely dispose of their natural wealth and resources without prejudice to any obligations arising out of international economic co-operation, based upon the principle of mutual benefit, and international law. In no case may a people be deprived of its own means of subsistence.

3. The States Parties to the present Covenant, including those having responsibility for the administration of Non-Self-Governing and Trust Territories, shall promote the realization of the right of self-determination, and shall respect that right, in conformity with the provisions of the Charter of the United Nations.

### **PART II**

#### ***Article 2***

1. Each State Party to the present Covenant undertakes to take steps, individually and through international assistance and co-operation, especially economic and technical, to the maximum of its available resources, with a view to achieving progressively the full realization of the rights recognized in the present Covenant by all appropriate means, including particularly the adoption of legislative measures.

2. The States Parties to the present Covenant undertake to guarantee that the rights enunciated in the present Covenant will be exercised without discrimination of any kind as to race, colour, sex, language, religion, political or other opinion, national or social origin, property, birth or other status.

3. Developing countries, with due regard to human rights and their national economy, may determine to what extent they would guarantee the economic rights recognized in the present Covenant to non-nationals.